

Vom allmählichen Verschwinden eines Problems. Bismarck-Rezeption und politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland

In der Gedenkflut des Jahres 1998 – 350 Jahre Westfälischer Friede, 150 Jahre Achtundvierziger-Revolution, 80 Jahre Kriegsende und Revolution 1918, 75 Jahre Hitler-Putsch, 60 Jahre „Reichskristallnacht“, 50 Jahre Währungsreform und D-Mark –, so schrieb Heinrich August Winkler in einem Jahresrückblick für die FAZ, sei Bismarcks Todestag, der sich 1998 zum 100. Mal jäherte, untergegangen.¹ Die deutsche Öffentlichkeit habe Bismarcks 100. Todestag „mit spürbarer Verlegenheit“ vorübergehen lassen, betonte, ebenfalls in der FAZ – und gar nicht zufrieden damit – Arnulf Baring.² Dass nach 1945 die „Farben der nationalen Gloriole, die Bismarcks Bild umstrahlten, [...] zu verblassen begannen“, stellte in der „Süddeutschen Zeitung“ Johannes Willms fest, der gleichwohl das „höchst fragwürdige Bemühen“ seit 1989 kritisierte, „Bismarck als nationale Identifikationsfigur zu installieren“.³

Das war auch ein Seitenhieb auf die Otto-von-Bismarck-Stiftung, die zunächst 1994 per Ministerialerlass und drei Jahre später, 1997, per Bundesgesetz als nunmehr fünfte der Politiker-Gedenkstätten des Bundes – wohl auch als Pendant zur ebenfalls 1994 etablierten Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung – errichtet worden war. Doch selbst die Bismarck-Stiftung, per Gesetz verpflichtet, „das Andenken an das Wirken des Staatsmannes Otto v. Bismarck zu wahren“,⁴ beging den 100. Todestag des Reichskanzlers zurückhaltend. Der Festredner, Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU), versuchte zwar, Bismarck in das ausgehende 20. Jahrhundert zu holen, indem er an die Herausforderungen der europäischen Politik, die Vereinheitlichung der Rechtsordnung, die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums und einer gemeinsamen Währung erinnerte, aber er betonte

- 1 Heinrich August Winkler: Das Jahrhundert des zweiten Dreißigjährigen Krieges. In: FAZ, 7.12.1998.
- 2 Arnulf Baring: Nichts als Verlegenheit. In: FAZ, 14.9.1998.
- 3 Johannes Willms: Eine Symbolgestalt nationaler Selbstfindung? Plädoyer für ein neues Bild vom Fürsten und Reichskanzler. In: SZ, 30.7.1998.
- 4 Satzung der Otto von Bismarck-Stiftung, § 2 Stiftungszweck, abgerufen unter: http://www.gesetze-im-internet.de/bismstiftg/_2.html (letzter Zugriff am 19.2.2015).

doch die „Schattenseiten“ des Reichsgründers, die man nicht verschweigen dürfe, mindestens ebenso sehr wie seine Leistungen: „Anstatt die junge Nation zu integrieren“, habe Bismarck durch Ausgrenzung großer Bevölkerungsgruppen, Schichten und Parteien „die Spaltung der Gesellschaft“ gefördert. Und mit seinem Antiparlamentarismus habe Bismarck die Weiterentwicklung Deutschlands zu einem modernen, demokratischen Staatswesen blockiert.“⁵

Mit Blick auf die Jubiläumsaktivitäten 2015 (anlässlich der 200. Wiederkehr von Bismarcks Geburtstag am 1. April 1815) lässt sich zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Beitrags sicher nicht von einem absehbaren „Bismarck-Marathon“ sprechen. Von einem „Bismarck-Jahr“ oder gar einer „Bismarck-Dekade“ sind wir weit entfernt. Zwar organisiert die Bismarck-Stiftung eine eindrucksvolle Zahl von Gedenkveranstaltungen unterschiedlichster Art, kulminierend in einem gemeinsam mit dem Deutschen Historischen Museum in Berlin durchgeführten Festakt am 1. April, aber nicht einmal in Friedrichsruh erwartet man im Vorfeld beispielsweise eine Publikationsflut, die mit der zum 100. Jahrestag des Kriegsbeginns 1914 vergleichbar wäre: Bismarck sei nicht mehr, so heißt es auf der Homepage der Stiftung, die „nationale Überfigur“, bei der solches zu erwarten – oder zu befürchten – sei.⁶

Vor rund fünf Jahrzehnten war das noch anders. Aus Anlass von Bismarcks 150. Geburtstag veranstalteten Bundestag und Bundesregierung 1965 eine feierliche Gedenkstunde im Bonner Bundestag. Im Vorfeld der Gedenkstunde im Bundestag hatte es im Bundeskabinett durchaus kontroverse Diskussionen über diese Idee, die von Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier ausgegangen war, gegeben. Am Ende der Kabinettsberatung sprach sich Bundeskanzler Erhard zwar dafür aus, „diesen Tag von Seiten der Bundesregierung würdig zu begehen“, und das Kabinett beschloss eine „Feierstunde der Bundesregierung“.⁷ Aber Bismarck mit einem Staatsakt zu ehren, wie es Gerstenmaier vorgeschlagen hatte, lehnte das Kabinett ab. Bedenken dagegen äußerten nicht zuletzt Bundesinnenminister Hermann Höcherl (CSU) und Erich Mende (FDP), Vizekanzler und Minister für Gesamtdeutsche Fragen. Angesichts der mit dem Namen Bismarck verbundenen außenpolitischen Implikationen, so gibt das Protokoll Mendes Argumentation wieder,

5 Zit. nach: Otto von Bismarck (1815-1898). Reden aus Anlass seines 100. Todestages, Hamburg 1998, S. 17.

6 S. <http://www.bismarck-stiftung.de/index.php/aktuelles/item/440-das-jubil%C3%A4um-wirft-seine-schatten-voraus-2015-j%C3%A4hrt-sich-bismarcks-geburtstag-zum-200-mal> (letzter Zugriff am 19.2.2015).

7 Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1965, 150. Kabinettsitzung am 27. Januar 1965, [I.] Gestaltung des 150. Geburtstages von Bismarck am 1.4.1965, abgerufen unter: http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/1100/k/k1965k/kap1_2/kap2_5/para3_21.html (letzter Zugriff am 18.2.2015).

würde „der demonstrative Charakter eines förmlichen Staatsaktes den politisch vertretbaren Aussagegehalt des Ereignisses wesentlich übersteigen“.⁸

Beschlossen hatte die Bundesregierung 1965 allerdings auch, wenn auch nicht in der gleichen Kabinettsitzung, fortan des Kriegsendes 1945 und der bedingungslosen Kapitulation nicht mehr offiziell zu gedenken. Rudolf Augstein kritisierte gerade vor diesem Hintergrund das Bismarck-Gedenken mit der ihm eigenen Ironie heftig. Für den Spiegel-Herausgeber wurde Bismarck, der doch nach 1945 „von Liberalen, Sozialisten, Welfen, Bajuwaren und rheinisch-westfälischen Katholiken neben Martin Luther und Fridericus Rex als dritter Vorreiter Adolf Hitlers denunziert“ worden sei, durch die Veranstaltung im Bonner Parlament zu seinen Ehren „bundesamtlich rehabilitiert“.⁹ Augsteins Eindruck war vermutlich nicht ganz falsch, wenn man an die Sondermarke der Deutschen Bundespost mit dem Bismarck-Kopf denkt, an die Bismarck-Gedenkmedaille, die käuflich zu erwerben war, und an zahllose Erinnerungsveranstaltungen nicht zuletzt an den überall in Deutschland existierenden Bismarck-Denkmalern und Bismarck-Türmen. Auch am Bismarck-Denkmal im Berliner Tiergarten gedachte man des „Eisernen Kanzlers“. Willy Brandt, SPD-Vorsitzender und Regierender Bürgermeister, 1965 aber wohl am wichtigsten: sozialdemokratischer Kanzlerkandidat, stiftete dafür einen Kranz.¹⁰

An der Feierstunde im Bonner Parlament nahm auch Konrad Adenauer, der 88-jährige Kanzler im Unruhestand, der sich aber ansonsten mit Stellungnahmen zu Bismarck nicht öffentlich exponierte, teil. Eine Einladung der Familie Bismarck, in Friedrichsruh eine Festrede zu halten, schlug er aus. Als Ersatz verpflichtete man dort den nationalkonservativen Historiker Percy Ernst Schramm, der fraglos mit Bismarck weniger Probleme hatte als der rheinische Katholik Adenauer, der schon unmittelbar nach 1945 erklärt hatte, die Reichsgründung und der durch sie verstärkte Glauben an die „Omnipotenz des Staates“ hätten den Boden bereitet für den „totalen Staat und die willenlos geführte Masse“. Angesichts solcher Positionen hielt sich der Ex-Kanzler 1965 nicht für den „richtigen Interpreten“.¹¹

Bezeichnend ist allerdings auch, dass ein anderer Briefmarkenentwurf, der – von rechts nach links – Bismarck, Theodor Heuss und Friedrich Ebert zeigte, sich nicht durchsetzen konnte. Das wäre dann doch zu viel Kontinui-

8 Ebd.

9 Rudolf Augstein: Bismarck-Feiern. Reiten können. In: Der Spiegel 14, 31.3.1965, S. 48.

10 Die Kranzstiftung 1965 ist nur eine Facette in dem komplexen Verhältnis von Willy Brandt zu Bismarck. S. dazu ausführlicher Wolfgang Schmidt: Otto von Bismarck im Urteil Willy Brandts. In: Ulrich Lappenküper (Hrsg.): Otto von Bismarck im Urteil deutscher Bundeskanzler, Friedrichsruh 2009, S. 31-58.

11 S. Corinna Franz: „Ein großer Außenpolitiker, aber ein sehr schlechter Innenpolitiker“. Otto von Bismarck im Urteil Konrad Adenauers. In: Lappenküper (Hrsg.): Otto von Bismarck (wie Anm. 10), S. 9-30, hier S. 21 f. (dort auch die Zitate).

tätsanmutung gewesen: nationale Kontinuität, Reichskontinuität. Theodor Heuss, 1963 verstorben, hatte zwar 1951 für eine Volksausgabe der „Gedanken und Erinnerungen“ sowie von ausgewählten Reden und Briefen Bismarcks eine Einführung geschrieben, in der der Bundespräsident ein immer noch vergleichsweise positives Bismarck-Bild zeichnete (wenn auch nicht mehr so positiv wie in der Zwischenkriegszeit) und sich zu einem „Pathos der Distanz“ bekannt.¹² Aber die Botschaft, die von einer Dreier-Briefmarke ausgegangen wäre oder sich hätte ableiten lassen, war Mitte der 1960er Jahre weder in der Bundesrepublik konsensfähig noch wäre sie im Ausland, auch im westlichen, auf ungeteilte Zustimmung gestoßen: Bismarck als Ahnherr der westdeutschen Demokratie? Bismarck allein jedoch, das war – mit Ausnahme eines Protestschreibens des „Welfenbunds“ an den Bonner Postminister – akzeptabel, und Rudolf Augstein hatte auch dafür eine Erklärung: Die westdeutschen Politiker wollten „im Wahl- und Verjährungsjahr 1965 keine Gelegenheit (...) missen, sich national zu gebärden. Darum wurde der preußische Reichskürassier, der einst die deutsche Einheit erzwang, von den Bonner Demokraten wiederentdeckt, denen die deutsche Teilung auferlegt ist.“¹³

Trotz Briefmarke, Gedenkfeier und anderer Erinnerungsanstrengungen markiert das Bismarck-Jahr 1965 allenfalls eine relative Bismarck-Renaissance in der frühen Bundesrepublik. Keineswegs haben wir es 1965, anders als es der verworfene Briefmarkenentwurf nahelegte, mit einer ungebrochenen Traditionslinie zu tun, auch wenn der Historiker Hans Rothfels, national denkender Remigrant, Bismarck-Kenner und Doyen der westdeutschen Zeitgeschichtsforschung, sich bei der Bonner Gedenkstunde über ein „größeres Maß historischer Gerechtigkeit“ freute, das Bismarck nun wieder zuteilwerde, das auch dem Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte einen „starken positiven Akzent zu geben vermag“.¹⁴ Der Tübinger Ordinarius lobte das westdeutsche Parlament für seinen Mut und die politische Kultur der Bundesrepublik für ihre Größe, indem er daran erinnerte, dass es der deutsche Reichstag seinem Präsidenten 70 Jahre früher, 1895, verweigert hatte, Bismarck die Glückwünsche des Parlaments zu übermitteln. Rothfels ging es darum, Bismarck nicht nur als „großen Gestalter“ in seiner Zeit darzustellen, sondern ihn „hinausgreifen zu lassen über das nationalistische Jahrhundert

12 Theodor Heuss: Das Bismarck-Bild im Wandel. Ein Versuch In: Otto von Bismarck: Gedanken und Erinnerungen. Reden und Briefe, Berlin 1951, S. 7-27, hier S. 27.

13 Augstein: Bismarck-Feiern (wie Anm. 9.), S. 48.

14 Hans Rothfels: Zum 150. Geburtstag Bismarcks. In: VfZ 13 (1965), S. 225-235, hier S. 226.

wie über dessen Ende in Weltkrieg und Weltrevolution“, ihn also für die Bundesrepublik zum Sprechen zu bringen.¹⁵

Auch das Auswärtige Amt hielt sich 1965 zurück. Geplant war lediglich eine „interne Feier“,¹⁶ die nicht zuletzt an Bismarck als den Gründer des schon damals als „Amt“ bezeichneten Ministeriums erinnerte.¹⁷ Auf dieser Veranstaltung, an der allerdings auch Angehörige der Familie Bismarck teilnahmen, sprach der Kölner Historiker Theodor Schieder. Seine Rede beschrieb Bismarcks „Schöpfung“, womit nicht das Auswärtige Amt gemeint war, sondern der deutsche Nationalstaat, als „Leitbild und Zielvorstellung unseres Denkens“. Das war nicht nur im Lichte der deutschen Teilung und des Wiedervereinigungsgebots des Grundgesetzes gesprochen, sondern richtete sich auch auf die nationale Idee, die Idee des Nationalstaats als solche.¹⁸ Im Ministerflügel des Auswärtigen Amtes stand freilich seit den 1950er Jahren eine Stresemann-Büste. Bismarck war verbannt, auch aus dem Kanzleramt. Lediglich im Dienstzimmer des nationalprotestantisch, nationalkonservativ gesonnenen Bundestagspräsidenten Gerstenmaier hing ein Bismarck-Porträt.¹⁹

Nicht Bismarck-Bilder und die Bismarck-Rezeption nach 1945 ganz allgemein sollen jedoch im Zentrum dieses Beitrags stehen. Dazu ist auch für

- 15 Ebd. Zur biographischen und historiographiegeschichtlichen Rahmung s. auch Jan Eckel: Hans Rothfels. Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2005, in unserem Zusammenhang besonders S. 291-312.
- 16 Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1965, 150. Kabinettsitzung am 27. Januar 1965, [I.] Gestaltung des 150. Geburtstages von Bismarck am 1.4.1965, abgerufen unter: http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/1100/k/k1965k/kap1_2/kap2_5/para3_21.html (letzter Zugriff am 18.2.2015).
- 17 Zur Errichtung des Auswärtigen Amtes 1870/71 s. ausführlicher Eckart Conze: Das Auswärtige Amt. Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, München 2013, S. 10-23.
- 18 Theodor Schieder: Gedenkfeier zum 150. Geburtstag Otto von Bismarcks, Bonn 1965. Sowohl die Tatsache, dass Angehörige der Familie Bismarck zu der Feierstunde im Auswärtigen Amt eingeladen wurden, als auch die Publikation der Rede von Schieder sprechen gegen den rein internen Charakter der Veranstaltung. Aber man wollte natürlich keine Konkurrenzveranstaltung zu der Gedenkstunde im Bundestag durchführen.
- 19 Am Rande bemerkt: Im Büro von Hans-Dietrich Genscher befand sich in seiner Zeit als Außenminister ein Bismarck-Bild, von denen es im Archiv des Auswärtigen Amtes nicht wenige gibt. Auf ein außenpolitisches Vorbild Genschers hat es vermutlich nicht verweisen sollen, eher muss man es wohl als ein Bekenntnis zur deutschen Einheit deuten, eine Art nationales, gesamtdeutsches Bekenntnis Genschers. Vgl. dazu Eckart Conze: Das Geheimnis des „Genscherismus“. In: Kerstin Brauckhoff / Irmgard Schwaetzer (Hrsg.): Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik, Wiesbaden 2015, S. 67-83, hier S. 80.

die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die Literaturlage durchaus gut.²⁰ Vielmehr geht es um die Frage, ob sich ein Zusammenhang herstellen lässt zwischen der Entwicklung der politischen Kultur und politischer Mentalitäten in der Bundesrepublik, ein Zusammenhang zwischen der politischen Kultur und ihrer Liberalisierung in den Jahrzehnten nach 1945 einerseits und der Bismarck-Rezeption, nicht zuletzt in der Geschichtsschreibung und bei Historikern, andererseits. Anders gewendet: Taugen Bismarck-Bild und Bismarck-Wahrnehmung als Gradmesser für politische und gesellschaftliche Liberalisierungsprozesse, wie sie in den letzten Jahren von der zeithistorischen Forschung mit unterschiedlichen Leitbegriffen beziehungsweise Leitkonzepten (gesellschaftliche Liberalisierung, Fundamentalliberalisierung, Zivilisierung, Verwestlichung) intensiv erforscht worden sind?²¹ Der Akzent liegt also auf jenen Prozessen der Liberalisierung, jenen Entwicklungen, in denen sich in Westdeutschland nach 1945 eine liberale Gesellschaft westlicher Orientierung, eine freiheitliche politische Kultur entfaltete, und auf der Bedeutung der Bismarck-Rezeption in diesem Zusammenhang.

Bismarck-Erinnerung und Bismarck-Verehrung waren unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Herrschaft gesellschaftlich und politisch begrenzt und wurden, wo es sie gab, zumindest öffentlich kaum artikuliert. Wer sich zu Bismarck bekannte in den Jahren der Besatzungszeit und in den frühen Jahren der Bundesrepublik, der bekannte sich nicht einfach nur zu dem 1871 begründeten und 1945 untergegangenen Nationalstaat Deutsches Reich, sondern der musste auch damit rechnen, für einen Befürworter undemokratischer, autoritärer politischer Traditionslinien gehalten zu werden. Nachdem die nationalsozialistische Propaganda wieder und wieder, am prominentesten am Tag von Potsdam 1933, aber beileibe nicht nur da, eine Kontinuitätslinie von Bismarck zu Hitler gezogen und den

- 20 Zur allgemeinen Rahmung s. noch immer Edgar Wolfrum: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990*, Darmstadt 1999; ders.: *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung*, Göttingen 2001; spezieller u.a. Sebastian Schubert: *Abschied vom Nationalstaat? Die deutsche Reichsgründung 1871 in der Geschichtspolitik des geteilten Deutschlands von 1965 bis 1974*. In: Heinrich August Winkler (Hrsg.): *Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland*, Göttingen 2004, S. 230-265; oder Lappenküper (Hrsg.): *Otto von Bismarck im Urteil deutscher Bundeskanzler* (wie Anm. 10); für Rezeption und Auseinandersetzung in der Geschichtswissenschaft (zumindest bis etwa 1970) s. Lothar Gall (Hrsg.): *Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945*, Köln/Berlin 1971, sowie Hans Hallmann (Hrsg.): *Revision des Bismarckbildes. Die Diskussion der deutschen Fachhistoriker 1945-1955*, Darmstadt 1972.
- 21 S. jeweils programmatisch: Ulrich Herbert: *Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze*. In: ders. (Hrsg.): *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980*, Göttingen 2. Auflage 2003, S. 7-52; Anselm Doering-Manteuffel: *Wie westlich sind die Deutschen?* Göttingen 1999; Konrad Jarausch: *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995*, Bonn 2004.

Bismarck-Mythos mit dem Hitler-Mythos verschränkt hatte,²² waren Bismarck-Tradition und Bismarck-Gedenken in den ersten Jahren nach 1945 zumindest partiell diskreditiert, in jedem Fall aber hoch problematisch. Als Referenzgröße für den demokratischen Wiederaufbau und die demokratische Entwicklung der jungen Bundesrepublik taugte das Kaiserreich, nicht nur das wilhelminische, sondern auch das der Bismarck-Zeit, nicht.

Das sahen nicht nur Sozialdemokraten und Liberale, vor allem süd- und südwestdeutsche Liberale so, sondern auch ein eher konservativer Publizist wie Golo Mann. In dessen Bismarck-Kritik schwang freilich noch 1961 ein nicht unerhebliches Maß an Pluralismus- und Parteienkritik mit, wenn er Bismarck beispielsweise vorwarf, die aufsteigenden großen Volks- und Massenparteien, das katholische Zentrum, die städtische, industrielle Sozialdemokratie als Reichsfeinde behandelt zu haben,

„ohne zu begreifen, dass der moderne Staat ohne solche Parteien neuen, demokratischen Stils keinen inneren Frieden, keine Einheit mit sich selbst mehr würde haben können. (...) Die ganze Atmosphäre der von dem eisernen Kanzler gestalteten Politik war zänkisch und durch eine Reihe von feindlichen Teilungen, von Entfremdungen charakterisiert. (...) Die Persönlichkeit Bismarcks gab ein Maß von Einheit oder doch Führung, solange er da war; als er nicht mehr da war, war Führungslosigkeit, Zwietracht und Chaos. So unter Wilhelm II.; so im Krieg; so noch in der Weimarer Republik, welche die unter Bismarck entstandenen Übel, die Teilung der Nation in angebliche Reichsfeinde und Reichsfreunde, (...) den Zank und die Unverantwortlichkeit der Parteien (...) widerspiegelte. In diesem Sinn gibt es wirklich eine Kontinuität der Entwicklung von Bismarck bis hin zu den Ereignissen des Jahres 1933. Die politischen Parteien, welche unter Bismarck die Kunst des Sich-Vertragens durch gemeinsame Verantwortung, die Kunst des Regierens nie hatten lernen dürfen, dankten 1933 ab. Die Nation, der Bismarck die innere Einheit nicht gegeben hatte, floh 1933 in die gewalttätige Einheit von oben (...).“²³

In der Tat: Pluralistische Demokratie, Parlamentarismus und Parteienstaatlichkeit mussten von den Deutschen nach 1945 erst erlernt werden. Auch das zeigt Golo Manns Bismarck-Bild von 1961. Bismarck konnte in der sich langsam entfaltenden westdeutschen Demokratie, die durch das Grundgesetz und die Länderverfassungen ihren institutionellen Rahmen erhalten hatte, nicht traditionsbildend und in diesem Sinne anschlussfähig sein, auch wenn Parteien- und Pluralismuskritik in der politischen Mentalität der Deutschen weiter wirkten. Nicht zuletzt daraus speiste sich ja die breite Wertschätzung

22 Vgl. Lothar Machtan: Bismarck. In: Etienne François / Hagen Schulze (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 2, München 2001, S. 86-104.

23 Golo Mann: Bismarck (1961). In: Gall (Hrsg.): Bismarck-Problem (wie Anm. 20), S. 328-341, hier S. 332. In ähnlicher Interpretation wie Mann sprach Theodor Heuss von der „Denaturierung der Parteien“ durch Bismarck, zit. nach Rothfels: Zum 150. Geburtstag (wie Anm. 14), S. 227.

des autoritativen Regierungsstils Konrad Adenauers – mehr als nur die „Kanzlerdemokratie“ im Sinne des Grundgesetzes –, des präsidentialen Patriarchalismus von Theodor Heuss und der richterlichen Un- und Überparteilichkeit des 1951 begründeten Bundesverfassungsgerichts.

Die „patriarchale Demokratie“, wie es Alfred Grosser einmal genannt hat,²⁴ knüpfte durchaus an ältere politische Ordnungsvorstellungen an, nicht zuletzt an die Idee des Kaisers oder auch, nach 1918, des Reichspräsidenten als „pouvoir neutre“, und erleichterte den Deutschen, präziser: den Westdeutschen, die allmähliche Eingewöhnung in eine demokratische Ordnung, die von Konkurrenz und Konflikt und von deren Legitimität im Sinne des Pluralismus geprägt war.²⁵ Aber Adenauer und, mehr noch, „Papa Heuss“ und das Bundesverfassungsgericht spalteten die Gesellschaft eben nicht in feindliche Lager, sondern wirkten integrierend. Den Bismarck-Vergleich Golo Manns führte fast vier Jahrzehnte später Johannes Willms in seiner Bismarck-Biographie weiter: „Wo Bismarck auf Konfrontation und Ausgrenzung setzte“, hätten die westdeutschen Kanzler, allen voran Adenauer, Brandt und Kohl, auf „Ausgleich und Integration“ gesetzt.²⁶ Ob das in dieser Allgemeinheit so zutrifft, ist zu bezweifeln, muss aber an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden.

Außenpolitisch galt, wie schon angedeutet, in den 1950er Jahren viel stärker Gustav Stresemann als anschlussfähig als Bismarck, und auch außenpolitisches Denken und internationale Ordnungsvorstellungen gehören fraglos zur politischen Kultur in einem weiteren Sinne des Begriffs. Vor diesem Hintergrund gilt aber auch, dass die Idee des Bismarck-Reiches, die Vorstellung eines einigen, souveränen, nach innen wie außen handlungsfähigen deutschen Nationalstaats nach 1945 – trotz aller Pervertierungen dieser Idee durch den Nationalsozialismus – sich keineswegs in Luft aufgelöst hatte. Wenn ein bekannter konservativer politischer Publizist wie Hans-Georg von Studnitz über „Bismarck in Bonn“ schrieb,²⁷ dann war das kein Plädoyer für Multilateralismus und Souveränitätsverzicht, auch nicht für Westbindung und den „Primat verflochtener nationaler Interessen“, wie man das heute nennen würde,²⁸ sondern für eine „deutsche Politik“, eine operative Wiedervereinigungspolitik, die sich – als das Buch Mitte der 1960er Jahre erschien,

24 Alfred Grosser: Die Bonner Demokratie. Deutschland von draußen gesehen, Düsseldorf 1960, S. 421.

25 Dazu ausführlicher Eckart Conze: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik von 1949 bis zur Gegenwart, München 2009, S. 120-126.

26 Johannes Willms: Bismarck. Dämon der Deutschen. Anmerkungen zu einer Legende, München 1997, S. 346 f.

27 Hans-Georg v. Studnitz: Bismarck in Bonn. Bemerkungen zur Außenpolitik, Stuttgart-Deckerloch 1965.

28 Christian Hacke: Die neue Bedeutung des nationalen Interesses für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. In: APuZ B 1-2 (1997), S. 3-14, hier S. 9.

stritten sich in der Bundesrepublik gerade „Atlantiker“ und „Gaullisten“ – eher an de Gaulles französischem Vorbild orientieren sollte als an den USA.²⁹ So entwickelte Studnitz als Hintergrund für eine solche nationale Politik, insbesondere eine aktive Ostpolitik als Wiedervereinigungspolitik, eine Tradition deutsch-russischer Verständigung, stark antipolnisch gefärbt, in der Bismarcks Rückversicherungsvertrag eine prominente Rolle spielte.

Adenauer hatte mit seiner Absage an den Nationalismus und an die Idee des autonomen nationalen Machtstaats als Leitprinzipien internationaler Politik und außenpolitischen Handelns entschieden mit den überkommenen Denktraditionen und Handlungsorientierungen auch auf dem Feld der Außenpolitik gebrochen.³⁰ Adenauer sah in diesen Traditionen, für die seiner Auffassung nach auch Bismarck stand, nicht nur die Ursache für die nationalsozialistische Außenpolitik der Gewalt, sondern auch für die mangelnde Fähigkeit insbesondere des Kaiserreichs, aber durchaus auch der Weimarer Republik, Deutschlands Position im europäischen Staatensystem langfristig zu stabilisieren. Die Idee des autonomen nationalen Machtstaats, die mit dem Aufstieg des Nationalismus, des modernen Nationalstaats und als Teil fundamentaler sozialer und politischer Nationalisierungsprozesse ihre Kraft entfaltet hatte, charakterisierte nicht nur, aber eben auch die deutsche Außenpolitik in der Ära Bismarck, der der vertragsrechtliche Multilateralismus von 1815 als europäische Ordnung nichts mehr galt. „Wer von Europa spricht, hat Unrecht“; Europa als bloße „*notion géographique*“: die einschlägigen Äußerungen Bismarcks in diesem Zusammenhang sind bekannt.³¹

Es war also eigentlich grundfalsch, wenn sich Eugen Gerstenmaier bei Adenauers Verabschiedung aus dem Kanzleramt im Oktober 1963 an Bismarck erinnert fühlte. Was der Parlamentspräsident meinte, machte er nicht nur 1963 im Bundestag deutlich, sondern noch klarer zwei Jahre später, als er Bismarck zu dessen 150. Geburtstag eine Art posthumen Glückwunsch-

29 Zu diesem Hintergrund s. u.a. Tim Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969, München 2008 sowie Eckart Conze: Staatsräson und nationale Interessen: Die 'Atlantiker-Gaullisten'-Debatte in der westdeutschen Politik- und Gesellschaftsgeschichte der 60er Jahre. In: Ursula Lehmkuhl/Clemens A. Wurm/Hubert Zimmermann (Hrsg.): Deutschland, Großbritannien, Amerika. Politik, Gesellschaft und Internationale Geschichte im 20. Jahrhundert. Festschrift für Gustav Schmidt zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2003, S. 197–226. Zu Studnitz s. Nils Asmussen: Hans-Georg von Studnitz. Ein konservativer Journalist im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. In: VfZ 45 (1997), S. 75–119.

30 Dazu in allgemeiner Perspektive: Conze: Die Suche nach Sicherheit (wie Anm. 25), v.a. S. 45–51; zu den Wirkungen und Dynamiken in westdeutscher Außenpolitik und Diplomatie s. Andrea Wiegeshoff: Wir mussten alle etwas umlernen. Zur Internationalisierung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland (1945/51–1969), Göttingen 2013.

31 Nachweise u.a. bei Eckart Conze: „Wer von Europa spricht, hat Unrecht“. Aufstieg und Verfall des vertragsrechtlichen Multilateralismus im europäischen Staatensystem des 19. Jahrhunderts. In: Historisches Jahrbuch 121 (2001), S. 214–241, insbesondere S. 232–238.

brief sandte, in dem er den Reichskanzler als „immer noch das mächtigste Beispiel dafür, was in der Politik möglich ist“, darstellte.³² Gerstenmaier war in den Tagen des Kanzlerwechsels 1963 allerdings nicht der Einzige, der sich an Bismarck erinnert fühlte und den ersten Reichskanzler mit dem ersten Bundeskanzler verglich. Verschiedenste Karikaturen variierten das alte Thema des von Bord gehenden Lotsen. In einem Beitrag für den Spiegel verglich der ehemalige britische Hochkommissar Brian Robertson die beiden Kanzler und bezog sich dabei explizit auf die berühmte Karikatur der britischen Zeitschrift „Punch“ von 1890.³³ Das Bild von 1890, das sich gerade den Deutschen der älteren Generation nachhaltig eingeprägt hatte, war offensichtlich weithin positiv besetzt. Es bezog sich vor allem auf die Außen- und Bündnispolitik Bismarcks nach 1870. So wundert diese Assoziation 1963 nicht. Eine knappe Generation, 20 Jahre später, tauchte das Bild wieder auf: Anfang Oktober 1982, als Helmut Schmidt die Brücke des Staatsschiffs verließ.

Als nochmals einige Jahre später, 1989/90, Helmut Kohl die Frage der deutschen Einheit mit zahlreichen europäischen Politikern besprach, tauchte Bismarck wieder auf. Doch der Bundeskanzler bezog sich nicht auf Bismarck, verglich sich auch nicht mit ihm, sondern distanzierte sich von der Politik des Reichskanzlers. Er wurde nicht müde zu betonen, dass seine Politik gerade nicht auf die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaats Bismarckscher Prägung ziele. Schon im Oktober 1989, noch vor dem Mauerfall also, versicherte Kohl das dem misstrauischen italienischen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti. Ziel der Bundesrepublik sei, so Kohl, „eine europäische Friedensordnung, in der auch die deutschen Probleme gelöst würden. Wie diese Lösung letztlich aussehen werde, könne man jetzt noch nicht wissen. Sicher werde es aber nicht eine Lösung im Sinne des Nationalstaats von Bismarck sein.“³⁴

Bismarck und das Kaiserreich lagen 1990 weit zurück, weit jenseits individueller, aber auch kollektiver Erinnerungen und Bezüge. Nicht einmal mehr das „Pathos der Distanz“, von dem Theodor Heuss 1951 gesprochen hatte,³⁵ sondern nur noch Distanz bestimmte die Bismarck-Wahrnehmung, gerade auch politisch. Bismarck war kein „Problem“ mehr, wie es in den Gründungsjahren der Bundesrepublik 1949/50 so prominente Historiker wie Hans Rothfels und Gerhard Ritter, aber auch Franz Schnabel, festgestellt

32 Eugen Gerstenmaier: Hochverehrter Herr Reichskanzler!. In: Die Welt, 27.3.1965, zit. nach: Schubert: Abschied vom Nationalstaat (wie Anm. 20), S. 230.

33 Brian Robertson: Der Lotse geht von Bord. In: Der Spiegel 41, 9.10.1963, S. 123.

34 Siehe Eckart Conze: Drei außenpolitische Revolutionen. Das neue Deutschland als Faktor des internationalen Staatensystems. In: Hanns Jürgen Küsters / Ulrich Lappenküper (Hrsg.): Kanzler der Einheit. Bismarck – Adenauer – Kohl. Herausforderungen und Perspektiven, St. Augustin/Berlin 2012, S. 29-44, Zitate auf S. 29.

35 Heuss: Bismarck-Bild im Wandel (wie Anm. 12), S. 276.

hatten, wie es aber auch noch 1965 Theodor Schieder gesehen hatte.³⁶ Er war politisch nicht mehr wirksam, der Schatten des Reichskanzlers lag nicht mehr auf der deutschen Politik. Lothar Galls Biographie von 1980 verlängerte gerade nicht die politische Bismarck-Rezeption und Bewertung, sie schrieb keinen, auch politisch wirksamen Bismarck-Mythos fort, sondern war eine geschichtswissenschaftliche Aneignung, im besten Sinne „sine ira et studio“:³⁷ nicht getrieben von der Vorstellung, von Bismarck immer noch etwas lernen zu können, wie sie vielleicht am längsten Sebastian Haffner vertreten hat,³⁸ sondern mit dem Blick auf das Bismarck-Reich als eine abgeschlossene Epoche. Das Gleiche gilt, cum grano salis, auch für Ernst Engelbergs zweibändige Biographie, jenes, vor allem das Erscheinen des ersten Bandes 1985, deutsch-deutsche Buchereignis. Mit Engelberg hatten auch die DDR und die DDR-Geschichtswissenschaft ihr „Bismarck-Problem“ gelöst.³⁹ So konnte man dann auch wie Lothar Gall oder wie wenig später fast noch prononcierter Dieter Langewiesche in seiner Geschichte des Liberalismus⁴⁰ nach dem liberalen Gehalt der Nationalstaatsbildung fragen und auch durch solche Fragen – und die Antworten darauf – die schwarz-weißen Deutungen früherer Jahre überwinden, die Dämonisierung Bismarcks ebenso wie seine Verehrung und Verklärung.

„Von Bismarck lernen können wir Heutigen etwa soviel wie vom Kardinal Richelieu“, betonte Rudolf Augstein in seiner Spiegel-Rezension von Galls Biographie und lobte den Frankfurter Historiker für seine „unvoreingenommene Geschichtsschreibung“.⁴¹ Aber die Linien, die aus der Bismarck-Zeit in die Kriege und Katastrophen des 20. Jahrhunderts führten, sie blieben umstritten. Für konservative Historiker wie Walter Bußmann, der Galls Buch in der FAZ besprach, wirkte es „befreiend, wenn sich der Autor von der nach 1945 strapazierten Vorstellung eines ‚Irrweges‘, der mit Bismarck in der deutschen Geschichte eingeschlagen worden sei, distanziert“.⁴² Bei Ernst Schulin, der 1990, den zweiten Band der Engelberg-Biographie rezen-

36 Hans Rothfels: Probleme einer Bismarck-Biographie (1948). In: Gall (Hrsg.): Bismarck-Problem (wie Anm. 20), S. 65-83; Gerhard Ritter: Das Bismarckproblem (1950). In: ebd., S. 119-137; Franz Schnabel: Das Problem Bismarck (1949). In: ebd., S. 97-118; Theodor Schieder: Bismarck – gestern und heute (1965). In: ebd., S. 342-374.

37 Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär, Berlin 1980.

38 Sebastian Haffner: Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick, München 1987.

39 Ernst Engelberg: Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer, Berlin 1985; ders.: Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1990.

40 Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a.M. 1988.

41 Rudolf Augstein: „Der gar nicht so rote Preuße“. Rudolf Augstein zu der neuen Bismarck-Biographie von Lothar Gall „Der weiße Revolutionär“. In: Der Spiegel 37, 8.9.1980, S. 200-214. hier S. 200, u. in: ebd. 38, 15.9.1980, S. 242-258, hier S. 243.

42 Walter Bußmann: Bismarck – der weiße Revolutionär. „Christlicher Pragmatismus“ / Krieg als Instrument / Reich ohne Zukunft? / Lothar Galls Biographie. In: FAZ, 8.9.1980, S. 11-14.

sierte, klang das etwas anders: „(...) mit dem Albtraum Bismarck mögen wir fertig sein, aber nicht mit dem seiner und der nachfolgenden Zeit.“⁴³

Da klingen, bei Bussmann und Schulin, noch einmal jene Debatten und Kontroversen der Jahre nach 1945, vor allem aber der 1960er Jahre an, in denen die Auseinandersetzung mit dem Kaiserreich nicht nur von wissenschaftlichen Motiven und Intentionen getrieben war, sondern sich auch aus gegenwartsbezogenen politischen und gesellschaftlichen Wahrnehmungen und Interessen speiste. Besonders deutlich lässt sich das an der Rezeption von Erich Eycks Bismarck-Biographie vor Augen zu führen, die, in drei Bänden 1941 bis 1944 in der Schweiz erschienen, in den Jahren 1949/50 in der Bundesrepublik heftig diskutiert wurde.⁴⁴ Eyck hatte sich Bismarck aus liberaler, linksliberal-freisinniger Perspektive genähert und Bismarcks Politik, vor allem seine Innenpolitik, vor diesem Hintergrund scharf kritisiert. Eyck warf Bismarck vor, durch seine autoritäre und intolerante Haltung das politische Bewusstsein vieler Deutscher verformt zu haben, den Weg zu einer der Zeit entsprechenden liberalen und demokratischen Entwicklung versperrt und so in entscheidender Weise die Weichen gestellt zu haben für den verhängnisvollen weiteren Gang der Dinge. Nun wurde dem 1937 nach Großbritannien emigrierten Autor, Jurist und promovierter Historiker, nicht nur vorgehalten, kein richtiger Historiker zu sein,⁴⁵ sondern, wichtiger noch: Führende Historiker wie Gerhard Ritter oder Hans Rothfels warfen Eyck vor, seine liberalen Beurteilungsmaßstäbe seien falsch, weil zu starr. Indem er das Ideal eines liberal-bürgerlichen, parlamentarisch regierten deutschen Nationalstaats zugrunde lege, verfehle er die eigentliche Problematik der deutschen Nationalstaatsbildung und der Geschichte dieses Nationalstaats.

Das „Bismarck-Problem“, das Rothfels, Ritter, später auch Schieder identifizierten,⁴⁶ war in den Worten Ritters dadurch entstanden, „dass man die Deutschen zu überreden versuchte, das überlieferte Bild ihres Nationalhelden sei ein großes Götzenbild gewesen, ähnlich dem Adolf Hitlers, der vielgefeierte Reichsgründer in Wahrheit der Urheber unseres politischen Unglücks. Eine ganze Sintflut von Tagespublizistik hat sich seit 1945 über dieses Thema ergossen – eine Literatur, die oft mehr durch politischen Eifer als

43 Ernst Schulin: Bismarck, zu Ende erzählt. Ernst Engelberg legt den zweiten Teil seiner Biographie vor. In: FAZ, 2.10.1990, S. L22.

44 Erich Eyck: Bismarck. Leben und Werk. 3 Bde., Erlenbach 1941-1944. Siehe auch den Beitrag von Ewald Grothe in diesem Band.

45 Bei Ritter: Bismarckproblem (wie Anm. 36), S. 120, heißt es: „[...] das Werk eines Outsiders und Emigranten, des früheren Rechtsanwalts Erich Eyck“.

46 Zur biographischen und historiographiegeschichtlichen Rahmung s. Eckel: Hans Rothfels (wie Anm. 15), in unserem Zusammenhang besonders S. 291-312; Christoph Cornelißen: Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001, in unserem Zusammenhang besonders S. 484-521; Christoph Nonn: Theodor Schieder. Ein bürgerlicher Historiker im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2013.

durch historischen Sachverstand sich auszeichnete.“ Von einer „Umwertung aller Werte“ sprach der Freiburger Ordinarius.⁴⁷ Die Argumentation, mit der insbesondere Ritter Eyck 1950 in einem Rezensionssatz im „Merkur“ begegnete, verweist auf die Kernproblematik der politisch-kulturellen Entwicklungen jener Zeit. Ritter warf Eyck nicht nur vor, seine Bismarck-Kritik im Duktus des „öffentlichen Anklägers einer Spruchkammer“ verfasst zu haben,⁴⁸ sondern zugleich vor dem „politischen Horizont (...) des in London lebenden politischen Emigranten“, ja sich zu sehr „in englisches Denken“ hineingelebt zu haben, in die „Ideenwelt des Gladstoneschen Liberalismus“.⁴⁹ So muss man die Debatte über Eycks Bismarck-Interpretation und die Kritik dieser Interpretation auch lesen als Teil der Debatte über die Emigration, über Emigranten und Remigranten in der jungen Bundesrepublik, und als Kritik an Emigration und Emigranten; man muss sie damit in weiterer Perspektive lesen als Fortsetzung der ideengeschichtlich so wirksamen Gegensatzkonstruktion „Deutschland und der Westen“ und damit auch als Teil einer Auseinandersetzung über die Entwicklung einer liberalen politischen Kultur, über die Bedeutung liberal-westlicher politischer und gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen in Deutschland nach 1945, die über weite Strecken mit Emigranten, zum Teil auch Remigranten, geführt wurde, die nach 1945 die wichtigsten und deswegen auch umstrittensten Vermittler und Repräsentanten westlicher politischer Ordnungsvorstellungen waren.⁵⁰

Insofern war der Befund – bei Ritter der Vorwurf – der Emigrantenperspektive keineswegs falsch. Nicht wenige Emigranten und Remigranten, gerade diejenigen – und das war die Mehrheit – mit einem eher linken, linksliberalen Hintergrund, erkannten in den positiven Bismarck-Bezügen nach 1945 in Wissenschaft und Öffentlichkeit auch den Versuch, vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust den deutschen Nationalstaat vor 1933 und insbesondere das Kaiserreich vom Nationalsozialismus abzutrennen. Für öffentliche Intellektuelle wie Rothfels und Ritter und mit ihnen für viele andere Exponenten der auf der Idee der Nation und der nationalen Geschichte fußenden kleindeutsch-borussischen Geschichtstradition galt es, auch im Angesicht der „deutschen Katastrophe“ (Friedrich Meinecke) das nationale Paradigma und den Gedanken des nationalen Staats zu retten. Bismarck wurde zum „Problem“, so Ritter: Seine „Gestalt begann problematisch zu werden, seit ihr Werk, der deutsche Nationalstaat, ins Wanken geriet. Sie wird aus dem Streit der Meinungen nicht

47 Ritter: Bismarckproblem (wie Anm. 36), S. 119.

48 Ebd., S. 128.

49 Ebd.

50 Vgl. Doering-Manteuffel: Wie westlich (wie Anm. 21).

herauskommen, solange der deutsche Staat fragwürdig und die Tradition deutscher Geschichte zerrissen bleibt.“⁵¹

Aber es ging hier nicht nur um die Kontinuität nationaler Geschichte und des nationalen Paradigmas in der Historiographie. Bismarck gehörte zu „unserer Welt“, so zitierte Hans Rothfels 1948 einen nicht genannten dänischen Historiker, also zur „Anti-Hitler-Welt“, wie er selbst hinzusetzte.⁵² Es ging, in vielen Fällen, bei der Salvierung des Kaiserreichs auch um individuelle und kollektive Entlastung im Hinblick auf den Nationalsozialismus. Indem man den nationalen Staat des Kaiserreichs als Orientierungshorizont der deutschen Eliten in Politik, Verwaltung und Militär hinstellte und das Kaiserreich, gerade das Reich der Ära Bismarck, in ein insgesamt positives Licht rückte, legitimierte man in gewisser Weise das Handeln all derjenigen, die sich nach 1918 der Weimarer Demokratie verweigert hatten, von denen sich nach 1933 nicht Wenige in den Dienst des nationalsozialistischen Regimes gestellt hatten und die nun wiederum nach 1945 trotz aller Belastung auf die Chance eines Neubeginns oder besser: eines Wiederbeginns hofften. Auch dazu aber musste man Bismarck von Hitler trennen, musste argumentieren, mit dem Bismarck-Mythos für Hitler geködert worden zu sein durch den „Taschenspielertrick der Nazis, sich als Hüter preußischer Traditionen aufzuspielen“, wie Rothfels betonte.⁵³

Die Diskussionen der Historiker und die Entwicklung der Bismarck-Historiographie nach 1945 sind vor diesem Hintergrund nicht nur von wissenschaftshistorischem Belang. Wenn man weiterhin Nation und Nationalstaat als den Endpunkt des historischen Prozesses und die Idee der Nation als den archimedischen Punkt der Geschichtswissenschaft betrachten wollte, dann musste man den Nationalsozialismus – gleichsam als „Betriebsunfall“ – aus der Kontinuität der deutschen Nationalgeschichte entfernen. Man musste nicht nur die Nationalstaatsbildung, die Herstellung der deutschen Einheit 1870/71 in ein positives Licht rücken, was angesichts der deutschen Teilung in den Nachkriegsjahrzehnten so schwer nicht war, sondern auch in der Geschichte des Kaiserreichs und in der Politik Bismarcks anschlussfähige Linien erkennen, nicht zuletzt in der Außen- und Bündnispolitik (vor 1890) und in der Entstehung deutscher Sozialstaatlichkeit. Hans Rothfels brachte das 1965 im Bundestag noch einmal zum Ausdruck, als er Bismarcks Außenpolitik als „in eminentem Sinne 'europäisch'“ bezeichnete und ihr die gleiche Zielsetzung zuschrieb wie ihrer innenpolitischen, ihrer „sozialpolitischen Parallele“: „Das Reich sollte mit seiner eigenen 'Erhaltung' den Frieden und die Ordnung erhalten, es sollte die Atomisierung Europas wie die Atomisierung

51 Ritter: Bismarckproblem (wie Anm. 36), S. 136.

52 Rothfels: Probleme (wie Anm. 36), S. 65.

53 Ebd.

der Gesellschaft verhindern.“⁵⁴ Konnte man das nicht auch als Imperativ für die Politik der jungen Bundesrepublik lesen? Konnte also der Bonner Staat nicht doch von Bismarck lernen? Und konnten nicht auch die Sozialdemokraten endlich ihren Frieden mit Bismarck machen, für die, so Rothfels im Bundestag, das Sozialistengesetz nur von Nutzen gewesen sei, weil sich die SPD so von „anarchistischen Beimengungen“ gereinigt und „in Opferwille und Hingabe starke moralische Antriebe“ erfahren habe?⁵⁵

Vor diesem Hintergrund lässt sich auch die Fischer-Kontroverse lesen, die zwar mit der Kriegszielpolitik begann, sich aber in der Auseinandersetzung mit der Kriegsschuldfrage bald auf das gesamte Kaiserreich ausdehnte und den Blick auch auf die Ära Bismarck zu verändern begann.⁵⁶ In „Griff nach der Weltmacht“ wies Fritz Fischer die Verantwortung für den Ersten Weltkrieg eindeutig dem wilhelminischen Kaiserreich zu und gab damit eine klare Antwort auf die national belastende Kriegsschuldfrage.⁵⁷ Aber mehr noch: Fischer postulierte eine Kontinuität der deutschen Eliten weit über das Ende des Kaiserreichs hinaus, sprach von einem Bündnis der alten kaiserlichen mit den neuen, den aufsteigenden Eliten des Nationalsozialismus, die in ihrem Weltmachtstreben zueinander gefunden hätten.⁵⁸ Damit aber war das „Dritte Reich“ nicht aus der deutschen Nationalgeschichte gelöst, sondern ihr Teil, ja ihre konsequente Fortsetzung.

Die „Fischer-Kontroverse“ schlug bis in die Politik hinein hohe Wellen und wurde zum Medienereignis, weil sie die Geschichte des deutschen Nationalstaats, insbesondere des Kaiserreichs, auch in der Bismarck-Zeit, enttabuisierte. Fritz Fischer hatte seine Kontinuitätsthese hauptsächlich politikhistorisch und methodisch eher konventionell entwickelt, doch seine Positionen wirkten impulsgebend auf die jüngere Historikergeneration, die, nicht zuletzt angeregt durch Studien- und Forschungsaufenthalte in Großbritannien oder den USA und durch die Beschäftigung mit westlichen sozialwissenschaftlichen Theorieangeboten, darunter der anglo-amerikanischen Max-Weber-Rezeption, auch nach den gesellschaftlichen und damit strukturellen Kontinuitäten zwischen Kaiserreich und „Drittem Reich“ zu fragen begann und dabei

54 Rothfels: Zum 150. Geburtstag Bismarcks (wie Anm. 14), S. 233.

55 Ebd., S. 235.

56 Zur Fischer-Kontroverse im Überblick: Konrad Jarasch: Der nationale Tabubruch. Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit in der Fischer-Kontroverse. In: Martin Sabrow /Ralph Jessen /Klaus Große Kracht (Hrsg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003, S. 20-40; Klaus Große Kracht: Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945, Göttingen 2005, S. 47-68; Annika Mombauer: The Fischer Controversy 50 Years on. In: Journal of Contemporary History 48 (2013), S. 231-240.

57 Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18 (1961), Düsseldorf 2013.

58 Ders.: Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland, Düsseldorf 1979.

auch die Reichsgründung, die Ära Bismarck und Bismarcks Politik neu in den Blick nahm.⁵⁹

Diese Überlegungen sammelten sich – das bedarf kaum näherer Erläuterung – in der These vom „deutschen Sonderweg“ in die Moderne. Deutschland sei im 19. Jahrhundert von einer westlichen „Normalentwicklung“ abgewichen, und statt einer auf das Individuum bezogenen liberalen Demokratie, statt Parlamentarismus und Pluralismus hätten sich vom Staat her gedachte illiberale und obrigkeitsstaatliche politische Ordnungsvorstellungen herausgebildet. Diese Gegensatzkonstruktion war nicht neu, sondern griff im Grunde nur auf und wendete es nun kritisch, was sich in der deutschen Geisteslandschaft als „Ideologie des deutschen Weges“ schon seit dem späten 19. Jahrhundert, insbesondere aber seit dem Ersten Weltkrieg, entwickelt hatte.⁶⁰ Diese Ordnungsvorstellungen dienten jetzt zusammen mit Hinweisen auf die Sozialstruktur in Deutschland als wissenschaftliche Argumente dazu, die Genese des Nationalsozialismus zu erklären.

Der geschichtswissenschaftliche und historiographische Paradigmenwechsel, um den es in diesen Auseinandersetzungen ging, ist eine wesentliche Komponente jenes breiteren gesellschaftlichen und sozialkulturellen Liberalisierungs- oder Verwestlichungsprozesses, den die Bundesrepublik seit den späten 1950er Jahren durchlief. Vor allem die Angehörigen der jüngeren deutschen Historikergeneration, von denen eben viele über Amerika- oder England-Erfahrung verfügten, trugen dazu bei, jene politische Kultur des Autoritarismus, des antidemokratischen und antiliberalen Denkens zu überwinden, die eine Voraussetzung für das Scheitern der Weimarer Republik und den Aufstieg des Nationalsozialismus gewesen war und deren Einfluss man in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft noch immer spüren konnte. Es war kein Zufall, dass „Fischer-Kontroverse“ und „Spiegel-Krise“ zeitlich zusammen fielen. Denn nicht nur in den wissenschaftlichen Auseinandersetzungen der Historiker über das Kaiserreich und den Ersten Weltkrieg prallten deutsch-nationale und westliche Denkmuster und Einstellungen aufeinander. Auch in den viel breiteren gesellschaftlichen Auseinandersetzungen während der „Spiegel-Krise“ gerieten Traditionen eines schwarz-weiß-roten obrigkeitsstaatlichen Denkens in eine scharfe Konfrontation mit einem westlich-liberal geprägten Demokratieverständnis, dem sie schließlich unterlagen.⁶¹

59 Paradigmatisch Hans-Ulrich Wehler: Das deutsche Kaiserreich 1871-1918, Göttingen 1973.

60 Dazu noch immer Bernd Faulenbach: Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.

61 Zur Spiegel-Krise s. Christina v. Hodenberg: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945-1973, Göttingen 2006, sowie Martin Doerry / Hauke Janssen (Hrsg.): Die Spiegel-Affäre. Ein Skandal und seine Folgen, München 2013.

Gerhard Ritter drückte keineswegs eine völlig marginale Meinung in der deutschen Gesellschaft aus, als er mitten in der „Spiegel-Krise“ in einem FAZ-Leserbrief das Verhalten von Bundesregierung und Bundesanwaltschaft vorbehaltlos rechtfertigte und die wachsende öffentliche Kritik an diesem Verhalten als „Skandal“ bezeichnete. „Sind wir durch das ewige Starren auf die Schrecknisse der Hitlerdiktatur“, so formulierte Ritter, „nachgerade so blind geworden für die uns umgebende Wirklichkeit, dass wir lieber jeden noch so groben Missbrauch der im Rechtsstaat garantierten persönlichen Freiheitsrechte hinnehmen als die eine oder andere Ungeschicklichkeit (oder auch Inkorrektheit) unserer Strafverfolgungsorgane?“⁶² Bestürzt unterzog daraufhin der Bonner Zeithistoriker Karl Dietrich Bracher, eine Generation jünger als Ritter, die Position seines Kollegen einer kritischen – ideologiekritischen – Analyse. Er warf Ritter vor, eine „Staatsideologie“ zu vertreten, „die Politik nur von oben nach unten gelten lässt und einer außenpolitisch verstandenen Staatsräson den fast unbedingten Vorrang vor innerer Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zuerkennt“. Ritter rechtfertigte „nichts anderes als den so verhängnisvollen traditionellen Obrigkeitsstaat in Deutschland auf Kosten der Demokratie, in der wir eben unsere ersten Schritte tun“.⁶³

Geschichtspolitisch zog daraus der sozialdemokratische Bundespräsident Gustav Heinemann die Konsequenz, als die Bundesrepublik 1971 verhalten der Reichsgründung gedachte. Für Heinemann, weithin als eine Art „Anti-Bismarck“ wahrgenommen,⁶⁴ gehörte Bismarck „nicht in die schwarz-rot-goldene Ahnenreihe derer, die mit der Einheit des Volkes zugleich demokratische Freiheit wollten“. Und der Bundespräsident sprach, ganz im Einklang mit den jüngsten Entwicklungen von Geschichtswissenschaft und Geschichtsschreibung, von den „gesellschaftlichen Zusammenhängen [...] des Bismarckschen Reiches und der Weimarer Republik, die beide an ihren inneren Zerklüftungen litten und nicht zuletzt daran zugrunde gingen“.⁶⁵ Das löste noch einmal heftige politische Reaktionen aus, beispielsweise beim CSU-Vorsitzenden und Bonner Oppositionspolitiker Franz Josef Strauß, der dem Bundespräsidenten vorwarf, ein von sozialdemokratischen Interessen bestimmtes Geschichtsbild zu vertreten, aber politisch wirksam war das nicht mehr.⁶⁶ Karl Dietrich Bracher betonte in der „Zeit“, dass „das Scheitern der Reichskonzeption“ geradezu eine Bedingung für „die zweite, end-

62 Zitiert nach: Conze: Suche nach Sicherheit (wie Anm. 25), S. 276.

63 Ebd.

64 Vgl. Schubert: Abschied vom Nationalstaat (wie Anm. 20), S. 249.

65 Gustav Heinemann: Zur Reichsgründung 1871. Zum 100. Geburtstag des 1. Deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert, Bonn 1971, S. 14.

66 Franz Josef Strauß: Bismarck, die Erben und Heinemann. In: Bayernkurier, 23.1.1971; vgl. Schubert: Abschied vom Nationalstaat (wie Anm. 20), S. 249.

lich erfolgreiche Demokratie“ gewesen sei.⁶⁷ Selbst Theodor Schieder sprach kurz darauf und anlässlich des 25. Gründungstags der DDR von der Bundesrepublik als einer „nachnationalstaatlichen“ Nation.⁶⁸ Das national-konservative, um die Idee des Nationalstaats des 19. Jahrhunderts und daher auch zentral um die Figur Bismarck kreisende Geschichtsbild hatte mit Heinenmanns Rede und ihren Folgen (und zusammen mit der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition) aufgehört, „offiziös zu sein“.⁶⁹ Über Bismarck wurde – und wird vermutlich – weiter gestritten, aber um Debatten zur deutschen Selbstverständigung handelt es sich dabei nicht mehr.

67 Karl Dietrich Bracher: Ein zerstörter Mythos. In: Die Zeit, 15.1.1971; zit. nach: Schubert: Abschied vom Nationalstaat (wie Anm. 20), S. 250.

68 Theodor Schieder: Honeckers Spiel mit der Geschichte. In: Deutsche Zeitung, 4.10.1974; zit. nach: Schubert: Abschied vom Nationalstaat (wie Anm. 20), S. 263.

69 Heinrich August Winkler: Einleitung. In: ders. (Hrsg.): Griff nach der Deutungsmacht (wie Anm. 20), S. 7-13, hier S. 11.